

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 18.

Sonnabend, den 4. Mai 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Essen: Marmorbetrieb von Könen u. Komp. Jena: Granitbetrieb Conradus. Pirmasens: Platz Caprano. Rieneburg: Firma Ehler. Speier: Sämtliche Werkplätze sind gesperrt.

Streitig. Granit- und Marmorarbeiter haben nach hier Bezug zu unterlassen. Die hiesigen Kollegen sind in den Streit getreten.

In Schwarzenbach a. S., Bunsiedel, Bernsd., Münchberg, Sebnitz, Selb und Niederlamitz stehen die Granitarbeiter im Streit.

Der Bezug nach dem Fichtelgebirge ist streng fernzuhalten! Die Situation ist für uns günstig, zumal viele Streikende abgereist sind. In Schwarzenbach sind allein 100 Mann in die Fremde gegangen.

Söllingen. Die Firma Knochenbauer hat die Steinmehlen ausgesperrt. (Eingehender Bericht erbeten. Die Redaktion.)

Striegau. Die Lohnbewegung im hiesigen großen Granitbezirk ist zugunsten der Kollegen beendet. (Siehe Bericht.)

Hegenburg. Mit der Firma Edenhofer wurde ein annehmbarer Tarif abgeschlossen. Unter anderem wurden Minimallöhne festgesetzt. Die Wiedereinstellung sämtlicher Ausgesperrten konnte ebenfalls erreicht werden.

Leipzig. Die Tarifbewegung ist zu unsern vollen Gunsten erledigt. Auf die Fugen und Flächen wurden 5 Proz. Zuschlag gewährt. Auch die achtstündige Arbeitszeit wurde erreicht. (Siehe Bericht.)

Offenburg. Die Kollegen möchten nach hier Bezug fernhalten. Die Maurer stehen in Lohnbewegung, somit ist auch für uns die Situation kritisch.

Köstritz. Auf den bisherigen Tarif wurde laut Abmachung 5 Proz. Gesamtzuschlag gewährt.

M.-Glabbach. Wegen Streit und Lohnbewegung ist der Bezug nach M.-Glabbach und Umgegend fernzuhalten.

Sangerhausen. Platz Schroeter ist gesperrt. Die Lohnbewegung der Bossierer ist zugunsten der Kollegen beendet. Die Arbeitszeit ist 9stündig. Der Stundenlohn beträgt 58 Pfg.

Chemnitz. Die Lohnzulage, die wir errungen haben, beträgt 10 Proz.

Aue (Erzgebirge). Platz Sprengler ist gesperrt. Die Firma will den Tarif nicht unterzeichnen.

An die Zahlstellenvorstände.

Sobald in einer Zahlstelle mit den Unternehmern ein Arbeitsvertrag zum Abschluß gekommen ist, muß der Redaktion des Steinarbeiters sofort Nachricht übermittelt werden.

Die lafonische Meldung: Tarif abgeschlossen, genügt nicht; der Bericht muß in erster Linie enthalten, welche Prozentzuschläge erreicht wurden und auf welche Dauer der Tarif Gültigkeit hat. Auch ist anzugeben, in welcher Höhe der Stundenlohn fixiert wurde und ob eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden konnte.

Auch sei bemerkt, daß aus den Streikorten sehr wenig Berichte für das Fachblatt eingehen, trotzdem bekannt ist, daß wir allwöchentlich einen Situationsbericht verlangen.

Die Redaktion ersucht dringendst um mehr Präzision bei der Berichterstattung an die Fachpresse.

In einer Reihe von Orten stehen unsere Verbandsmitglieder im Streit. Die Unternehmer werden zunächst am empfindlichsten dadurch getroffen, daß ein großer Teil der Streikenden sofort abreist. Die Konjunktur ist im allgemeinen noch äußerst günstig, so daß es uns bisher mit Leichtigkeit gelungen ist, den Abreisenden Arbeit verschaffen zu können.

Wielach kommt es vor, daß Sandsteinarbeiter auf Granit anfangen müssen oder daß auch das Umgekehrte zutrifft; da ist es notwendig, daß den Zugereisten von unsern Kollegen mit der nötigen Belehrung sofort und bereitwillig beigeprungen wird.

Wandlungen.

Die Taktik der Unternehmer im Klassenkampf hat in den letzten Jahren erhebliche Wandlungen erfahren. Wir haben jüngst schon in unserm Artikel: „Die wildgewordenen Unternehmer“, kurz darauf hingewiesen, eingehender läßt sich das an der Hand der Vorgänge erörtern, die sich jetzt im Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, einer der größten und einflussreichsten Scharfmacherorganisationen, abspielen. Was aus den Konventionen dieser Scharfmacherorganisation an die Öffentlichkeit dringt, läßt auf bedeutende taktische Wandlungen im Scharfmacherlager schließen.

So kann die Metallarbeiterzeitung einen schriftlichen Bericht veröffentlicht, den Herr Mend, der zweite Vorsitzende des Metallindustriellenverbandes, für eine am 11. August 1906 in Nürnberg tagende Sitzung dieser Organisation erstattet hat. Dieses umfangreiche Schriftstück hat besonderen Wert allein schon durch die Person seines Verfassers. Denn Herr Mend hat sich als Oberscharfmacher, durch seine Stellungnahme gegen das Reichstagswahlrecht, durch seine hervorragende Beteiligung an der

Schaffung einer Zentralisation der Scharfmacherverbände, durch seine Bemühungen um Gründung einer Streikversicherungsgesellschaft, wie durch seine Systematisierung der Aussperrungen einen Namen gemacht, und wenn er im Kreise der Scharfmacher das Wort ergreift, so hat er immer etwas zu sagen, was auch für die Gewerkschafter von Interesse ist.

Herr Mend beschäftigt sich in diesem Bericht vorzugsweise mit der großen Metallarbeiteraussperrung im Mai des Vorjahres, seine Ausführungen haben aber auch für die Gewerkschaften im allgemeinen Interesse, da sie einen interessanten Einblick in die taktischen Auffassungen der Scharfmacher gestatten.

Nach Mend's Auffassung sollten Aussperrungen nicht allein wegen prinzipieller Fragen durchgeführt werden, schon allein weil die Gewerkschaften leicht dazu kommen würden, Prinzipienkämpfen ganz auszuweichen und weil die Unternehmer bei Aufwerfen neuer Prinzipienfragen leicht ins Hintertreffen kommen würden. Es entspreche auch nicht den Traditionen des Gesamtverbandes, Prinzipienreiherei zu treiben, deshalb empfehle es sich, größere Aussperrungen „nicht nur für die Durchführung von Prinzipien, sondern auch für die Bedürfnisse des täglichen Lebens dienstbar zu machen, sie also auch aus Zweckmäßigkeitsgründen anzuwenden“. — Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der wird aus dieser Auslassung herauslesen können, daß die Scharfmacher von Prinzipienkämpfen, als welche sich mehr oder weniger alle größeren Aussperrungen herauswickeln hatten, nicht mehr sonderlich viel wissen wollen.

Aber auch über die Aussperrungen an sich urteilt Herr Mend sehr viel kühler, als es sonst von ihm geschehen ist. Einmal tut er alle fein ausgeklügelten Aussperrungssysteme kurzer Hand ab und bezeichnet die Vollaussperrung als die zweckmäßigste Aussperrungsform. Es habe nun einmal keinen Zweck, darüber nachzuforschen, ob andre Aussperrungssysteme billiger oder wirksamer seien, weil sich doch keine Mehrheit für solche Aussperrungen finden würde. Aber auch die Vollaussperrung dürfe man nicht zu oft anwenden, weil sonst die große Majorität sich bald verlieren werde und man außerdem in Konflikt mit der öffentlichen Meinung, den Parlamenten und den Regierungen geraten würde.

Aus alledem klingt sehr viel Skepsis heraus, und man kann es aus den Widerständen, die sich im Scharfmacherlager selbst gegen Aussperrungen bemerkbar machen, begreifen, daß bei Aussperrungen künftig die Frage der Zweckmäßigkeit solcher Machtkämpfe eine entscheidende Rolle spielen soll.

Nach dem Vorschlag des Herrn Mend sollen Aussperrungen künftig erst dann inszeniert werden, wenn alle andern Kampfmittel versagt haben. Es soll zunächst versucht werden, die bestreikte Firma oder mehrere solcher durch Zahlung möglichst hoher Geldentschädigungen gegen die streikenden Arbeiter zu stärken, „ohne daß sie einer Hilfe durch eine Aussperrung bedürfen“. „Es kann nämlich nicht in Frage kommen, daß wegen eines langandauernden Streiks einiger 100 oder seien es selbst 1000 Arbeiter, eine Gesamtaussperrung durch den Gesamtverband erfolge. Für derartige Aussperrungen würde sich — wie Herr Mend mit Nachdruck betont — keine Majorität im Ausschuß des Gesamtverbandes finden. Andererseits darf man die angegriffenen Mitglieder auch nicht im Stich lassen, und so muß man ihnen eine reichliche Geldentschädigung gewähren, damit sie mit dieser Hilfe den Streit allein durchführen können.“ Deshalb empfiehlt Herr Mend in erster Linie den Ausbau der Streikversicherung im Metallindustriellenverband, an der, beiläufig bemerkt, sich bisher nur die Hälfte der Unternehmer beteiligt haben.

Erst wenn die einfache Streikabwehr nicht mehr Erfolg verspricht, soll man nach Herrn Mend zum Angriff durch Aussperrungen übergehen. Und auch da sollen zunächst erst durch die beteiligten Bezirksverbände Gruppenaussperrungen erfolgen. Die Gesamtaussperrung bleibt dann nur noch als ultimo ratio übrig, und sie wird erst vorgenommen, wenn eine Vertrauenskommission des Gesamtverbandes den Streitfall geprüft und den letzten großen Angriff für notwendig und möglich erklärt hat.

Aus alledem kann man etwas wie eine Enttäuschung über die bisherigen Aussperrungen herauslesen. Diese Machtkämpfe scheinen den Scharfmachern doch recht viel Entmutigendes, recht viel Mißerfolg gebracht zu haben, wenn sie so schnell schon zum Rückzug blasen. Vor allem scheint es auch an der nötigen Solidarität im Unternehmerlager zu fehlen. Das geht insbesondere auch aus dem Eingeständnis des Herrn Mend hervor, daß man bei den bisherigen Aussperrungen „Ausnahmen“ habe machen müssen, und mit dieser Tatsache müsse man auch künftig rechnen, so schlecht sie auch im Prinzip mit der Gesamtaussperrung sich vertragen. Jenen Firmen, die künftig bei Aussperrungen wieder eine Ausnahmestellung eingeräumt wissen wollen, soll die Zahlung eines Geldäquivalents pro Tag und beschäftigten Arbeiter in Höhe von 125 Prozent des

durchschnittlichen Arbeitsverdienstes an den Gesamtverband auferlegt werden, der diese Gelder wieder zugunsten der aussperrenden Firmen verwenden soll. Und zwar soll das Geldäquivalent auch für die beschäftigten christlichen, sächsisch-dürschischen, gelben oder unorganisierten Arbeiter geleistet werden, „denn wenn nicht alle Firmen annähernd gleiche Opfer zu tragen haben, so kann an eine Gesamtaussperrung nicht wieder gedacht werden.“

Das zeugt wieder nicht von viel Kampfesfeier im Unternehmerlager. Solche Bestimmungen, wie sie hier von Mend im Gesamtverband in Vorschlag gebracht worden sind, dürften zudem manchen Unternehmer davon abhalten, sich für die Inszenierung einer Aussperrung zu erklären, auch wenn er selbst von diesem Kampf ausdrücklich ausgeschlossen wird.

Aus allen den Äußerungen Mend's geht so viel hervor, daß man im Unternehmerlager jetzt um vieles nüchterner über die wirtschaftlichen Machtkämpfe urteilt, als das noch vor wenigen Jahren geschah. Kein Zweifel, die Scharfmacher scheuen diese Kämpfe immer mehr, weil sie sich durch Aussperrungen oft genug selbst mehr Schaden zufügen, als den Gewerkschaften, die doch in erster Linie getroffen werden sollen.

Wie groß die Ernüchterung im Scharfmacherlager ist, kann man auch aus der Tatsache ersehen, daß nach der Deutschen Arbeitgeberzeitung der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in der Verhandlungsfrage eine bedeutende taktische Wendung vollzogen hat. Er hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß bei Verhandlungen mit den Arbeitern künftig auch ein Arbeitervertreter mit zugelassen werden kann, der an dem Streitfall nicht direkt beteiligt ist. Das kann nach der Arbeitgeberzeitung nichts anderes heißen, als daß künftig auch unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsbeamten verhandelt werden soll. Dabei hat der Metallindustriellenverband die Anerkennung der Gewerkschaften oder das Verhandeln mit ihnen stets abgelehnt.

Von diesem Zugeständnis in der Verhandlungsfrage bis zum Abschluß von Tarifverträgen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften ist nur ein Schritt. Dieser Schritt wird freilich erst getan werden, nachdem die Gewerkschaften in einer Reihe größerer Machtkämpfe den Scharfmachern Achtung abgetrotzt haben. Es wir deshalb noch manche Aussperrung abzuwehren sein, ehe die deutschen Scharfmacher reif sind für Tarifverträge.

Es wäre deshalb verfehlt, aus den taktischen Wendungen, die sich jetzt im Scharfmacherlager vollziehen, auf ein Abflauen der Wirtschaftskämpfe in den nächsten Jahren schließen zu wollen. Nach unserer Ueberzeugung haben wir die schwersten Kämpfe erst noch vor uns, und für die gilt es, uns zu rüsten. Ausbau der Gewerkschaften zu leistungsfähigen, auf fundierten Kampforganisationen ist deshalb zunächst unsere Lösung. Unsere Gegner kennen gut genug die gegenwärtigen Schwächen unserer Gewerkschaften, und sie rechnen direkt, wie auch Herr Mend beweist, mit den geringen Kampffonds derselben. Hier gilt es zunächst einzusetzen. Wir müssen unsern Gewerkschaften mehr Kampfmittel zur Verfügung stellen, damit sie noch kräftiger als bisher in den wirtschaftlichen Kampf eingreifen können. Dann werden den Scharfmachern bald die Machtkämpfe vergehen, und sie werden gut und gerne den Gewerkschaften größere prinzipielle wie materielle Zugeständnisse machen. Alles das regelt sich nur durch die Stärke, die wir selbst unsern Gewerkschaften verleihen. Machen wir unsere Gewerkschaften stark!

Warum müssen wir Arbeiter uns der Sozialdemokratie anschließen?

In einer Zuschrift an die Münchener Post entwickelt ein Arbeiter in Beantwortung vorstehender Frage diese interessanten Gedanken:

Ich empfinde es als Arbeiter besonders bitter, daß gerade wir, die Quelle des Wohlstandes und aller Kultur, gar so geringen Anteil haben an den Errungenschaften und Schätzen der Wissenschaft und Kunst. Ich bin zufrieden damit, jahraus jahrein zu arbeiten, zu essen und zu schlafen, um wieder arbeiten zu können. Ich brauche auch nur an die Kollegen in meiner Werkstätte zu denken oder an meine sonstigen Freunde, die alle Arbeiter sind wie ich, um zu erkennen, wie unrecht jene haben, die da sagen, die Arbeiter haben kein Bedürfnis und kein Verständnis für Kunst und höheres Wissen. Leider weiß ich auch nur wenige Künstler oder Männer der Wissenschaft, die mit den Arbeitern Fühlung suchen, und wenn es geschieht, so sind sie meistens zu feinfühlig und empfindlich, um bei uns zu bleiben. Sie suchen in den Arbeitern verständnisvolle und wohl auch dankbar zu ihnen aufblickende Schüler und finden häufig trostige Gesellen. Sie können sich nicht hineinfinden, warum wir so sind, darum die Abkehr.

Aber wenn wir Arbeiter auch noch viel zu rauh erscheinen, so verlangen doch auch wir nach Wahrheit und Schönheit. Ich habe in meiner Arbeitsstätte einen Kollegen, der jede Mark, die er sich abdarben kann, zum Ankauf von Büchern verwendet, seine Bibliothek enthält neben anderen

Werken des allgemeinen Wissens Werke von untern Majstern, Vortragskünstlern und den großen Philosophen. Nur jemand, der sich in unser Empfinden hineinzuversetzen kann, vermag zu schätzen, was für eine Freude am Wissen und welche Energie für einen Arbeiter dazu gehört, um z. B. Stirner oder Nietzsche verstehen zu lernen. Andere Kollegen freuen sich auf jede Veranstaltung unserer Kunstkommission, und doch, wenn der ersehnte Abend da ist, können sie oft nicht hingehen, weil sie zu müde und abgeheftet sind, um das Gebotene mit Aufmerksamkeit und Andacht genießen zu können, oder weil, was auch vorkommt, trotz des niedrigen Eintrittspreises das nötige Kleingeld mangelt. Oft möchte man die Frau und erwachsene Kinder mitnehmen, dazu reicht's erst recht nicht. Die bildende Kunst wird von uns Arbeitern nicht weniger geschätzt, wenn wir in der Hauptsache auch nur auf die öffentlichen Sammlungen, Ausstellungen und auf die Schaufensterauslagen angewiesen sind. Oft habe ich mir schon manche schöne Vielfältigkeit hervorragender Kunstwerke sehnsüchtig betrachtet, oder wenn ich mir gar ein Original erwerben könnte, so fände es in meiner Wohnung einen Ehrenplatz.

Zum Schluß möchte ich noch etwas zu einem Worte Adolf Menzels sagen, der zwar nicht mehr lebt, aber so dachte, wie heute viele Künstler denken. Menzel soll kurz vor seinem Tode einmal gesagt haben, der sozialdemokratische Achtstundentag sei Unsinn, selbst in seinen alten Tagen denke er nach acht Stunden oft noch nicht daran, den Pinzel oder den Zeichenstift wegzulegen. O, Meister Menzel, dachte ich, als ich dies las, du hättest gut reden, arbeiten und arbeiten ist zweierlei. Du dürftest arbeiten, wann und wie es dich freute. Wärest du dein Leben lang gezwungen gewesen, wie in deiner Jugend, ums tägliche Brot zu arbeiten, hättest du bei einem dir sonst fremden Unternehmer malen oder zeichnen müssen, nicht was du für gut und schön hieltest, sondern was dieser von dir verlangte, und hättest du außer für dich und deine Schwester auch für eine Familie zu sorgen gehabt, du hättest sicher über den Achtstundentag anders gedacht; schwerlich hättest du das Eisenwerk schaffen dürfen. Wenn ich z. B. an einem Feiertage daheim für mich etwas machen kann, lieblich mit der Absicht, etwas recht Schönes herzustellen, dann denke ich auch an keine Brotzeit und an keine Mittagspause, kaum daß ich mir Zeit zum Essen nehme, ich sehe nicht nach der Uhr, mich freut dieses Arbeiten. Im Kampf ums tägliche Brot für mich und meine Familie muß ich aber arbeiten, oft in dumpfer, ungesunder Werkstatt, den ganzen Tag Antreiber und Aufwacker hinter mir, damit ich ja keinen Augenblick von der Arbeit ausruhen, kein Wort reden oder kein Viehdien tun kann. Immer die Gefahr, angefahren oder gar entlassen zu werden. Unter solchen Verhältnissen wird die Arbeit zur Qual. Aber nicht nur in sogenannten Bruchbuden ist man rücksichtslos gegen uns Arbeiter, auch in Werkstätten, deren gediegene Erzeugnisse auf Ausstellungen bewundert und in Zeitungen belobt werden; dies ist häufig der Fall. Abends nach dem oft weiten Heimweg ist man abgeheftet und der einzige Sonntag ist gar kurz!

Niemand, der es ehrlich meint, kann bedauern, sondern er muß sich freuen, daß wir Arbeiter Sozialdemokraten sind und mit voller Kraft beitragen zur Ausbreitung der sozialistischen Ideen, damit wir bald stark genug sein werden, um unsern Anteil an den schönsten Gütern der Kultur uns zu erringen. Die Sozialdemokratie allein kämpft ehrlich und rücksichtslos für dieses hohe Ziel.

Der Kampf im Fichtelgebirge.

Volle sieben Wochen dauert nun der Streik im größten deutschen Steinbruchbezirk, im Fichtelgebirge. Unsere Kollegen inszenierten, wir wollen dies besonders feststellen, den Streik nicht. Nein, die Unternehmer, die bisher schon unerhört niedrige Löhne bezahlten, wollten in der jetzigen „teuren“ Zeit nochmals eine Lohnreduktion eintreten lassen. Daß unsere Verbandsmitglieder ein solch frivoles Verlangen der Unternehmer mit allem Nachdruck zurückwiesen, ist nur zu leicht begreiflich.

Die Granitindustriellen im Fichtelgebirge, meistens in politischer Hinsicht in allen liberalen Farben schillernd, denken nun, uns die tariflichen Bestimmungen ganz nach Belieben „diktieren“ zu können. Einige Scharmacher in der Vereinigung der Granitindustriellen meinen wohl, unsern Verband mit großer Eleganz niederreiten zu können, denn kürzlich faßten sie den „bombastischen“ Beschluß: „Der Tarif wird in seiner vorliegenden Form gedruckt“, Änderungen resp. Lohnzuschläge werden nicht mehr berücksichtigt. — Dieses Diktum hat weder den Streikenden noch der Verbandsleitung imponiert. Wir wissen nicht, ob die Unternehmer den Tarif schon in Blei setzen ließen, ist es geschehen, dann mögen sie ruhig ihre Tarifexemplare in die Schublade legen, denn unsere Kollegen werden sich hüten, unter solchen Umständen in die Werkstätten der Unternehmer zurückzukehren.

Mit großer Sophisterei verstehen es die Granitindustriellen in der Offentlichkeit sich als die größten Arbeiterfreunde hinzustellen. Und wie bekannt, nehmen die bürgerlichen Zeitungen den Fokusfokus mit größtem Vergnügen auf; wird ja meistens nur die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter in allen möglichen Variationen geschildert. Wir wollen auf die „Selbstweiherräucherung“ der Herren, die sie in Oberfränkischen Blättern vollziehen, nicht eingehen; wir wollen heute bloß den Stand der jetzigen Situation kurz skizzieren.

Die Granitindustrie im Fichtelgebirge ist weit und breit bekannt, ja, wir sagen ohne Uebertreibung, überall berühmt. Aber nicht deshalb, weil die Arbeitsverhältnisse günstige genannt werden könnten, die Industrie ist „berühmt“, weil kein auswärtiger Unternehmer so billig zu liefern in der Lage ist. Durch einen praktisch und technisch gut ausgebildeten einheimischen Arbeiterstamm — der recht miserabel entlohnt wird, kann kein Unternehmer im übrigen Deutschland diesen Herren die Spitze bieten. Wir müssen betonen, daß wohl in der gesamten Granitindustrie kein Bezirk vorhanden ist, wo die Arbeiten so „erakt“ ausgeführt werden, wie im Fichtelgebirge. Den Unternehmern ist es sehr fatal, daß Hunderte von den Streikenden bereits abgereist sind, sie wissen, daß noch weitere abreisen werden, und sie wissen auch, daß es unmöglich ist, Streikbrecher anzuwerben zu können. Um die Arbeiten, die in Schwarzenbach, Seuffen usw. bisher angefertigt wurden, herstellen zu können, muß ein eingetübter Arbeiterstamm vorhanden sein, der weder im übrigen Deutschland noch im

Ausland anzutreffen ist. Also auf Streikbrecher können sich die Unternehmer nicht stützen. Die bisher Abgereisten konnten mit Leichtigkeit untergebracht werden, denn der Fichtelgebirgssteinmetz wird wegen seiner Geschicklichkeit überall sehr gern eingestellt. Schwarze Listen und weitere diverse Urabschriften dürften auch in Zukunft ihren Zweck völlig erfüllen.

Nun haben allerdings schon mehrere Unterhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, aber wir konstatieren, daß erstens uns der Tarif gekündigt wurde und daß zweitens die Vorlage der Unternehmer bedeutend niedrigere Preisfixierungen enthielt, als bisher schon bezahlt wurden.

Die Industriellen leben wahrscheinlich in dem Wahne, bei jeder Lohnbewegung eine Lohnkürzung in größter Bemühtigkeit vornehmen zu können. Da müssen wir aber doch sagen, nun ist es vollauf genug, enger ist der Hungergürtel unter keinen Umständen mehr zu schnüren.

Im Fichtelgebirge soll ein sogenannter Distrikstarif zur Einführung gelangen; so wollen es die Unternehmer, und wir haben im Prinzip gegen ein solches Verlangen auch kein Veto einzuwenden. Ja, es dürfte hinlänglich bekannt sein, daß wir für die Erweiterung der Lohnbezirke schon seit Jahren Propaganda getrieben haben. Aber ein solcher Distrikstarif soll, wie jedem einleuchten wird, keine Verschlechterung der bisherigen Lohnverhältnisse mit sich bringen. Um nun einen Distrikstarif einführen zu können, wollen dies die Industriellen auf Kosten der Arbeiter bewerkstelligen. — Diese Auslassung wollen wir mit einer unumwundenen Tatsache beweisen. Kürzlich fragte bei einer Unterhandlung unser Verbandsvertreter Herr Schedler, Schwarzenbach, ob er in seinem Betriebe die alten Lohnsätze weiterbezahlen wolle?

Herr Schedler erklärte, „nein, das könne er nicht.“

Darin liegt doch die Bestätigung, daß der neue Tarif eine Reduzierung darstellt. Um aber mit einer gewissen Arbeiterfreundlichkeit marktschreierisch verfahren zu können, haben die Industriellen auf den vorgelegten reduzierten Tarif bei den Verhandlungen etliche Zugeständnisse gemacht, die für unsere Kollegen in Wirklichkeit sehr wenig bedeuten. Ueberdies enthält der Tarif eine geradezu raffiniert ausgeklügelte Gliederzählung. Uns wundert es, daß die Kollegen gegen solche Tarifbestimmungen nicht schon längst in der schärfsten Weise Front machten. Bisher haben es die Unternehmer glänzend fertig gebracht, mit der Arbeitskraft der Steinmetzen, Schleifer und Polierer Raubbau in der ungeniertesten Form treiben zu können.

Es wird im Fichtelgebirge allgemein im Accord gearbeitet, da sich aber auch Arbeiten nötig machen, die im Tagelohn ausgeführt werden müssen, und jeder Arbeiter Tagelohn zu machen verpflichtet ist, so wird der Durchschnittsverdienst ausgerechnet und danach der Stundenlohn bezahlt; der Stundenlohn darf aber nach Tarif bei den Steinmetzen 45 Pfg., bei Handtschleifern 35 Pfg. und bei den Maschinenschleifern 27 Pfg. nicht übersteigen. Von den 59 Steinmetzen, die in Schwarzenbach im Ausland sind, haben 7 Mann einen Stundenlohn von 24—30 Pfg., 25 Mann einen Lohn von 31—40 Pfg., 8 Mann 41—44 Pfennig und 19 Mann haben den Höchstlohn von 45 Pfg. Von den Handtschleifern haben 21 Mann einen Stundenlohn von 20—30 Pfg., 12 Mann einen Lohn von 31—34 Pfg. und 7 Mann haben den Höchstlohn von 35 Pfg. Die Maschinenschleifer haben durchwegs 25—27 Pfg. Stundenlohn.

Das sind die vielgepriesenen Löhne des Fichtelgebirgs. Und was wird in anderen deutschen Bezirken den Steinmetzen bezahlt? Greifen wir gleich einige Industriebezirke der Granitbranche heraus: In Norddeutschland verdienen die Steinmetzen einen Stundenlohn von 67 Pfg., Schleifer 60 Pfg.; Württemberg: Steinmetzen 59 Pfg., Schleifer 40 Pfg.; Elsaß-Lothringen: Steinmetzen 60 Pfg., Schleifer 40 Pfg. Derartige Beispiele ließen sich noch mehr anführen, die alle beweisen, daß die Lohnverhältnisse im Fichtelgebirge nicht die günstigsten sind.

Ist es nicht unerhört, wenn die Steinmetzen und Schleifer, die oftmals „Kunstwerke“ im richtigen Sinne des Wortes herstellen müssen, mit solchen Löhnen abgefpeist werden.

Von dem sehr schmalen Verdienst müssen sich aber die Steinmetzen das Werkzeug, etwa im Werte von 150 Mk., noch selbst stellen. Daß ein Granitsteinmetz, der Werkstücke mit reicher Architektur herstellt, bedeutend mehr und besseres Werkzeug, als wie der Sandsteinmetz haben muß, braucht nicht besonders bewiesen zu werden.

Recht drastisch äußerte sich ein Unternehmer über die Konkurrenz. Er meinte, dieselbe sei von auswärts nicht im geringsten zu befürchten, (sehr richtig! Die Red. d. Steinarbeiter), aber innerhalb der Fichtelgebirgsindustriellen bestehe eine große Konkurrenz. Diese Anschauung teilen wir, aber durch die niedrigen Lohnsätze, die die Unternehmer bis jetzt eigenmächtig festsetzen, wird ja die gegenseitige Konkurrenz noch mehr gefördert.

Den scharfmacherischen Standpunkt lehrten die Industriellen besonders im Hofer Anzeiger in Nr. 83 hervor. Sie schrieben dort:

Schon (???) am 6. Januar 1900 schrieb Der Steinarbeiter: „Natam ist es, in Zukunft den Kleinkrieg zu führen, d. h. nicht bei allen Firmen die Arbeit niederzulegen, sondern einen Werkplatz oder Bruch nach dem andern vorzunehmen.“ So lautet die Parole der organisierten Arbeiter, und darin liegt auch ganz unzweifelhaft der tiefste Grund des jetzigen vom Zaune gebrochenen Streiks. (Das ist eine grobe Unwahrheit. Red. d. St.) Die Tariffirmen wissen sehr wohl, daß die Lebensverhältnisse auch in unserer Gegend in den letzten Jahren teurer geworden sind und haben daher an eine grundsätzliche Reduktion des Lohns, wie die heutige Marktlage sie eigentlich forderte, überhaupt nicht gedacht, vielmehr haben sie bei der Ausarbeitung des Entwurfs stets darauf Bedacht genommen, wie man bei der neueren, klareren Fassung doch durchschnittlich auf der feitherigen Höhe bleiben könnte (??), und bei den Kommissionsberatungen sind den Arbeitern noch einzelne weitere Zugeständnisse gemacht worden. (Das am alten Tarif Kürzungen vorgenommen wurden, braucht im Anzeiger ja nicht zu stehen. Red. d. St.)

Das Eine ist daher sicher: Die sieben Firmen unserer Tarifgemeinschaft bleiben solidarisch, lassen also keinen Kleinkrieg mehr aufkommen, und lassen sich weder einzeln noch im ganzen in der Lohnzahlung noch weiter schrauben, solange fast das ganze übrige Deutschland die Steinarbeiter der Granitschleifereien schlechter bezahlt, als wir im Fichtelgebirge.

Die Friedensliebe der Unternehmer geht aus zitiertem Pamphlet in hellster Glorie hervor. Auf den in die Welt gesetzten Unsinn, daß in anderen Monumentalgranitbetrieben noch niedrigere Löhne als wie im Fichtelgebirge bezahlt werden, brauchen wir nicht weiter einzugehen. Wäre das leichte Geschwätz der Industriellen richtig, dann müßten doch eigentlich „fremde Steinarbeiter“ nach den Geldtöpfen des Fichtelgebirgs ein großes Verlangen haben; aber um mit Eulenspiegel zu reden, können „Zugewanderte“ mit keiner Laterne ausfindig gemacht werden.

Wollen die Unternehmer auch in Zukunft sich so hartnäckig wie bisher stellen, so ist ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen. Die organisierten Steinarbeiter schließen jederzeit unter annehmbaren Bedingungen Frieden, aber dem „Diktieren der sieben Firmen“ blindlings zu gehorchen, wäre des Steinarbeiterverbandes unwürdig. Unsere Kollegen im Fichtelgebirge, welche seit Jahren straff organisiert sind, sind entschlossen, mit großer Energie den Kampf zu führen und weiter, um die Chancen für uns noch mehr zu steigern, die Streikorte zu verlassen.

Die Christlichen im Odenwald.

Von Zeit zu Zeit rühren die Christlichen auch in unserm Verufe die Werbetrommel, um die Indifferenten für ihre Bestrebungen zu gewinnen. Der Erfolg war bisher kaum nennenswert. Ueberdies sind die bisher gewonnenen Leute in vier verschiedenen Verbänden organisiert, was am ersten die völlige Bedeutungslosigkeit dieser Art Gewerkschaftsbewegung charakterisiert.

Der Hilfsarbeiterverband, mit dem Sitz in München, ist schon längst enttäuscht, daß der christliche Bauarbeiterverband (Sitz Berlin) seine Hand nach einem Teil der indifferenten Steinarbeiter ausstreckt. Die beiden Verbände nehmen es weiter der christlichen Bergarbeiterorganisation sehr übel, daß auch dort etwa 300 Steinarbeiter organisiert sind. Dann kommt noch der Verband der keramischen Arbeiter in Frage.

Gegenwärtig rührt der Bauarbeiterverband unter den Steinarbeitern die „Reklametrommel“, aber bei dem ganzen Fickzug sprang herzlich wenig für diese „eigenartigen“ Arbeiterfreunde und Arbeitervertreter heraus. Nirgends wollen die Steinarbeiter von diesen „christlichen Sendboten“ etwas wissen.

Ein gewisser Herr Leonhardt, christlicher Sekretär, aus Offenbach, der vordem in Kaiserslautern sein nicht allzu grelles Licht leuchten ließ, streift gegenwärtig im Odenwald herum, um unsern Verband Abbruch zu tun. Allerdings ist sein Erfolg gleich Null, denn im Odenwald dominieren wir derartig, daß die Christlichen mit ihren Quertreibereien immer wieder unberichteteter Dinge, gleich „abgewiesenen Freiern“, blamiert, von dannen stampfen müssen. Unse Kollegen sind es schon gewohnt, wenn dann und wann ein christlicher Redner „angetrottet“ kommt, um mit Hilfe des Orts Pfarrers oder Gemeindevorstehers oder gar eines Arztes seine veralteten Lehren nach den verschiedensten Variationen an den Mann zu bringen.

Herr Leonhardt versucht mit Vorliebe im hinteren Odenwald den Samen für den christlichen Hilfsarbeiterverband auszustreuen; bisher aber fand er für „seine“ Gewerkschaftsbewegung nicht im geringsten den geeigneten Boden. Kürzlich prüfte Herr L. in recht unzulässiger Weise seine Lungenkraft in Gadenheim, Kolmbach, Winterfasten, Lindenfels und Schlierbach. In seiner Agitation unterstützt ihn auch Herr Dr. Sell aus Winterfasten; doch auch mit Hilfe dieses Herrn konnte kein Erfolg erzielt werden. Sollten sich etliche ungelernete Arbeiter in Wirklichkeit bereit gefunden haben, dem Bauarbeiterverband beizutreten, so ist auch da von einem positiven Erfolg noch gar keine Rede.

Daß Herr Leonhardt „unsern Steinarbeiterverband“ totzureden versucht, ist klar. Man muß bloß seine Paufen hören. Etliche, nach echt jesuitischer Art zusammengestopfelte „Zitate“ aus der sozialistischen oder der freien Gewerkschaftspresse werden mit mächtigem Pathos vorgetragen und meist ins Gegenteil verkehrt, was sie ursprünglich besagten. Weiter darf nicht unerörtert bleiben, daß zum mindesten jeder christliche Agitator etliche Male wiederholt, daß bei Reichstagswahlen die „freien Gewerkschaften“ Gelder für die Sozialdemokratie bewilligten. Sind diese „allzu Kamellen“ abgeleiert, dann ist meist die Rede auch beendet. Natürlich werden die an Zahl recht unbedeutenden christlichen Gewerkschaften zuerst noch derartig gelobt, daß schon so manchem „christlichen Agitator“ der Geifer auf den Mundwinkel stand.

Wie uns berichtet wird, sind Herrn L. in zwei Orten Kollegen unseres Verbandes mit sehr gutem Erfolge entgegengetreten.

Die Zeiten sind auch im Odenwald vorbei, wo die Lehren der Herren Leonhardt und Rippel Anhänger werben könnten. Hoffentlich ist Herr L. besonders die frische Odenwaldbluft bei seiner Tour sehr gut zu fressen gekommen, das wäre zum mindesten eine Entschädigung für seinen großen Mißerfolg auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Die achtstündige Arbeitszeit in Leipzig.

Vor Monaten kündigten unsere Kollegen den Unternehmern den bis 1. Mai gültigen Lohnstarif. Als Forderung prinzipieller Art wurde in den Vordergrund gestellt die Einführung der achtstündigen täglichen Arbeitszeit. Die Meister hatten anfangs allerdings ein Wimm und Aber, aber die Kollegen beharrten auf ihrem Standpunkt. Die Meister ließen sich dann auch überzeugen und genehmigten unsere Forderung. Als in der Versammlung am 28. April der Vertrauensmann bekanntgab, der Achtstundentag sei erreicht, da waren die 250 Anwesenden insgemein der Ansicht, das ist ein schöner Erfolg, welcher durch die Organisation erreicht wurde.

Die Lohnbewegung brachte den Kollegen auch sonst noch nicht zu unterschätzende Vorteile. Der Stundenlohn wurde von 65 auf 70 Pfg. erhöht, 1908 beträgt derselbe 72 Pfg. Auf die Flächen und Fuagen gibt es 5 Prozent Zuschlag. Die Art der Gliederberechnung ließ bisher zu wünschen übrig. Nun wurde die Ueberzentimeterberechnung neu zu unsern Gunsten geregelt. Für den Meter Glied gab es bisher 14 Pfg., in Zukunft gibt es 17 Pfg. Ziehen wir den Zuschlag auf Flächen, Fuagen und Glieder in Betracht,

ja beträgt der Gesamtzuschlag auf die bisherigen Lohnsätze etwa 7-8 Prozent.

Die Lohnkommission glaubte, daß angesichts dieser Zugeständnisse, wenn sie uns auch nicht voll auf befriedigen, den Kollegen empfehlen zu können, den Tarif in der neuen Fassung anzunehmen. Nach eingehender Debatte stimmten die Versammelten dem gemachten Vorschlag mit überwältigender Mehrheit zu. Der Tarif hat auf zwei Jahre Gültigkeit.

Hungerlöhne.

Aus dem Marmorbezirk Sütö (Ungarn) wird uns geschrieben: Die Ausbeutungswut der hiesigen Arbeitgeber ist hier bereits bis zur Unerträglichkeit gestiegen. Ein Teil der Steinbrecher ist nach Amerika ausgewandert, nun machen sich auch schon die Steinmehrer auf die Flucht aus Tulipanien. Die großen Meister beherrschen vollkommen die Lage; sie halten die Steinbrüche in ihrer Macht, eine Konkurrenz gegen sie ist daher undenkbar, infolgedessen sind die Arbeiter an sie gefesselt. Diese Lage wird von den beiden Firmen Müller und Gebrüder Aprilj so sehr ausgebeutet, daß den Arbeitern nur die Flucht aus dem Lande übrig bleibt. Seit drei Jahrzehnten kämpfen die Arbeiter gegen die Ausbeuterpolitik der genannten Firmen und erst vor einem Jahre kämpften sie 12 Wochen lang, wobei es unsern Kollegen gelang, einen Akkordlohn tarif einzuführen; gegenwärtig gibt es aber lauter solche Arbeiten, die im Tarif nicht angeführt sind; diese sind dem freien Ueberkommen überlassen. Die Preise dieser Arbeiten werden wohl vorher ausgehandelt, sind jedoch so gering, daß es absolut unmöglich ist, dabei ein Auskommen zu finden. Diese Zustände haben die bei der Firma Müller arbeitenden Kollegen gezwungen, zu kündigen; sie sind entschlossen, bei der Firma nur dann weiter zu arbeiten, wenn ihnen bei allen Arbeiten ein Verdienst garantiert wird, welcher mit den gegenwärtigen teuren Lebensverhältnissen wenigstens halbwegs im Verhältnis steht. Geschieht das nicht, dann verlassen sie lieber die Arbeitsstelle und wandern aus, denn sie sind durchaus nicht geneigt, aus purer Vaterlandsliebe zu hungern.

Korrespondenzen

Hamburg II. Am Donnerstag, den 25. April, tagte im Gewerkschaftshause die übliche Monatsversammlung der Marmorarbeiter. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 1. Quartal, welche von den Revisoren bestätigt wurde. Von der letzten Kartellisierung gab der Delegierte einen kurzen Bericht. Da der erste Vorsitzende, Kollege Otto Weigang, sein Amt nach näherer Motivierung niederlegte, fand die Neuwahl statt, bei welcher Kollege Gustav Franz als erster Vorsitzender einstimmig gewählt wurde. Alsdann wurde noch ganz energisch Protest dagegen erhoben, daß sich Filiale I erlaube, in ihrem letzten Bericht im Steinarbeiter von dem „unsolidarischen Verhalten der Marmorarbeiter“ zu reden. Der Vorstand wurde beauftragt, mit dem Vorstand von Filiale I betreffs dieser Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Lüneburg. (Zum Streik bei der Firma Ehler u. Co.) Von den Streikenden war das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen worden, jedoch ohne Erfolg. Das Antwortschreiben, das den Streikenden von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts in dieser Sache zugeht, ist so interessant, daß wir es in seinem ganzen Wortlaut veröffentlichen wollen. Es zeigt so recht, wie die Firma Rudolf Ehler ehrlich bestrebt ist, Frieden mit ihren Arbeitern zu halten. Erst sollen die Arbeiter alle Waffen strecken, dann läßt die Firma mit sich reden, ob sie wieder eingestellt werden sollen oder nicht. Das Schriftstück lautet:

Lüneburg, 15. April 1907.

Auf mein an die Firma Rudolf Ehler u. Co. gerichtetes Ersuchen, sich mit der Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt einverstanden zu erklären, hat die Firma erwidert, daß „die betreffenden Arbeiter ihre Kündigung eingereicht hätten und von ihr endgültig entlassen seien. Auf eine Wiedereinstellung derselben verzichte sie“.

Auf mein weiteres Ersuchen um Auskunft darüber, ob — wie von Ihnen mir mitgeteilt — sogenannte schwarze Listen ausgegeben seien, so daß die Arbeiter anderweitig keine Arbeit erhalten könnten, hat die Firma folgendes erwidert:

„Auf Ihr gest. Schreiben vom gestrigen Tage teilen wir Ihnen mit, daß unsere Akkordarbeiter uns einen neuen Tarif eingereicht haben, dagegen haben die Hofarbeiter, welche einen festen Lohn bezogen, keine erhöhte Forderungen gestellt.“

Wir haben die Akkordlöhne, je nach dem Material, 5, 10 und 20 Prozent und um auch die Hofarbeiter nicht ganz unberücksichtigt zu lassen, diesen Leuten den Stundenlohn um 5 bis 10 Prozent zugleich erhöht.

Die Akkordarbeiter müssen nicht damit zufrieden gewesen sein, und haben die Hofarbeiter veranlaßt, gemeinschaftlich mit ihnen ihre Kündigung bei uns einzureichen.

Diese Massenkündigung haben wir selbstredend gleich unsern uns befreundeten Firmen mitgeteilt.

Es sind im hiesigen Volksblatt und in der Fachzeitung Der Steinarbeiter sehr gehässige Artikel erschienen, welche nicht allein uns, sondern auch die uns treu geliebten Arbeiter sehr verletzen.

Am 2. März haben die Leute uns gekündigt, am 16. März sind dieselben erst entlassen; während das Volksblatt unterm 6. März bereits einen Artikel bringt und alle ehrlich denkenden Arbeiter ermahnt, der Firma Ehler keine Handlangerdienste zu leisten. Der Steinarbeiter führt wie bisher, auch heute noch unsern Platz als gesperrt auf.

Dieses ist der Grund, weshalb wir auch auf eine Wiedereinstellung der betreffenden Arbeiter verzichten.“

Weiter ist in der Sache unsererseits nichts geschieden. Von anderer Seite ist mir mitgeteilt, daß die Anzeigen der Firma nicht als sogenannte schwarze Listen angesehen werden. So haben mir die Vorstandsmitglieder der Portland-Zementfabrik z. B. mitgeteilt, daß sie die betreffenden Arbeiter einstellen würden, wenn sie sich bei der Zement- oder Kalkfabrik melden würden.

Bei der Stellungnahme der Firma Ehler u. Co. erscheint mir ein weiterer Einigungsversuch aussichtslos zu sein. Ich habe deshalb davon abgesehen, von den Maßregeln des § 66 des Gewerbegerichtsgesetzes Gebrauch zu machen.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts.

Scholz.

Rüßlich ist die Raibität, mit der die Firma eingestuft, daß sie ihre streikenden Arbeiter auf den Aussterbeetat gesetzt hat. Schwarze Listen sind das nicht, so ist ihr von anderer Seite mitgeteilt worden. Was sagt denn der Herr Staatsanwalt zu der Sache, um so mehr, wenn wir ihm verraten, daß Arbeiter auf Grund der harnlosen (!) Mitteilungen der Firma von andern Arbeitgebern wieder entlassen worden sind.

Die gehässigen (?) Artikel im Steinarbeiter liegen der Firma sowie auch den Arbeitswilligen schwer im Magen. Ins-

besondere deshalb, weil sie den Zugang von Arbeitswilligen fernhalten. Die Verströpfung auf die Zementfabrik ist eine Verhöhnung der Arbeiter. Die Firma weiß ganz genau, daß alle Arbeiter die Zementfabrik wegen ihrer Riesenzölne möglichst meiden. Wollten die Arbeiter der Firma Rudolf Ehler u. Co. auf der Zementfabrik arbeiten, so könnten sie das jederzeit auch ohne die wohlwollende Fürsprache ihres Herrn Chefs. Die erwähnte Erhöhung der Akkordlöhne um 5, 1 und 20 Prozent haben wir schon früher beleuchtet. Die niedrige Erhöhung wurde für solche Arbeiten bewilligt, die täglich gemacht werden, während die 10 und 20 Prozent für solche Arbeiten gewährt werden sollten, die wenig oder fast gar nicht gemacht werden. Diese Arbeiten bezieht nämlich die Firma von auswärts. Da ist es sehr human und sehr leicht, dafür hohe Löhne zu bewilligen.

Birna. In der am 25. April stattgefundenen, sehr zahlreich besuchten Steinarbeiterversammlung wurde zunächst der Rassenbericht zum Vortrag gebracht. Da hiergegen irgendwelche Einwendungen nicht gemacht wurden, wurde zum 2. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu der den Arbeitgebern überreichten Lohnforderung geschritten. Dieser Punkt entfachte eine sehr lebhafte Debatte. Da uns die Arbeitgeber eine Antwort bezüglich der gestellten Forderung noch schuldig sind, wird beschlossen, unverändert bei der vorgelegten Lohnforderung zu beharren. Beim 3. Punkt, Gewerkschaftliches, wird seitens des Vorsitzenden mit Recht gerügt, daß sich ein großer Teil der Versammlungsbesucher frühzeitig entfernt und so die Beratungen gestört werden.

Striegau. Am 23. April fand eine von etwa 350 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde der Rassenabschluß gegeben. Die Gesamteinnahme belief sich auf 9303,02 Mk., die Ausgabe auf 5090,38 Mk., bleibt ein Bestand von 4212,64 Mk. Die lokale Krankenkassenzuschußklasse wurde in diesem Vierteljahr wohl am stärksten in Anspruch genommen. An Krankengeld wurden 1860 Mk. ausgezahlt, rund 700 Mk. mehr als die Einnahme betrug. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt. Der Vorsitzende weist noch darauf hin, daß es in der nächsten Zukunft nicht so vorwärts geht, als wie es eigentlich gehen sollte, und wünscht, daß die organisierten Kollegen Günstiges in Zukunft bei der Agitation mehr unterstützen. — Den Bericht der Lohnkommission erstattet Kollege Kieger. Nachdem derselbe eine Uebersicht über die errungenen Lohnerhöhungen gegeben, erklärt die Versammlung ihre Zustimmung zu denselben. Die Steinmehrer erhalten von jetzt außer einigen Aufbesserungen des Tarifs sämtliches Geschirrliefer, außerdem 2 Prozent des verdienten Lohnes für Schmiebeschärfe. Der Schichtstundenlohn wurde bei Steinmehrer von 45 auf 50, bei Brechern von 40 auf 45 Pfg. erhöht. Außerdem erzielten die Brecher Aufbesserungen bei Stufen, Pfählen, Auflagersteinen und Pflastersteinen (3. Klasse von 3 auf 3½ Pfg., 4. Klasse von 1½ auf 2 Pfg.). Da die Meister in dem Nachtrag zum Tarif die Stärke bei Pflastersteinen 4. Klasse ohne Zustimmung der Lohnkommission von 10 auf 12 Zentimeter erhöht haben, beschließt die Versammlung, die Streichung dieses Passus. Ferner soll in den Betrieben darauf gedrungen werden, daß auch die stetig im Taglohn beschäftigten Brecher eine Lohnerhöhung erhalten. Da die jetzt vorhandenen Schutzbrillen nicht zu gebrauchen sind, wurde angeregt, gemeinsam mit den Arbeitgebern beim Reichsversicherungsamt vorstellig zu werden, um zu versuchen, eine Aenderung der jetzt bestehenden Traggvorschrift zu erreichen.

Tittlingen. Am Sonntag, 21. April, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende legte den Kollegen deutlich klar, was für einen Nutzen uns die Organisation bringt. Seine Worte wurden mit Beifall aufgenommen, und es erfolgten auch etliche Aufnahmen. Dann kam es zur Wahl der neuen Vorstandsmitglieder; die bisherigen wurden einstimmig wiedergewählt. Weiter gab dann der erste Vorsitzende sein Wort, daß er stets bestrebt sein werde, unsere Zahlstelle bis aufs äußerste auszubauen. Besonders die Beiträge müssen pünktlich bezahlt werden, es sind noch sehr viele Restanten zu verzeichnen. Die Herren Poliere stemmen sich auch gegen die Organisation und verfahren mit uns, als wenn wir Sklaven wären. Die Herren vergessen leider nur zu schnell, daß sie meistens vor Jahren selbst noch arbeiten mußten. Mit großer Freude wurde konstatiert, daß im bayrischen Walde sich die Organisation wieder so guten Eingang verschafft hat. Daß diesmal die Zahlstelle Tittlingen stabil bleibt, dafür gelobt die Vorstandschaft Sorge zu tragen. Die Versammlung verlief sehr erregend.

Wehlar. Am 23. April fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in der der Gauleiter Herrmann-Rölln einen Vortrag über Arbeit und Kultur hielt. Der Vortragende erledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Es sei nicht zu leugnen, daß die Arbeiterklasse von den Segnungen der Kultur keinen Vorteil habe. Allerdings haben sich die Besitzenden durch die erhöhte Kultur mehr Vorteile als die Arbeiter zu sichern gewußt. Für die Besitzenden heißt höhere Kultur zunächst größerer Besitz und verfeinerte Lebensgewohnheiten. Besonders von den Wissenschaften sucht man die arbeitende Klasse mit aller Gewalt fernzuhalten. Was hier der Staat in bezug auf Bildung veräumt, muß die Arbeiterbewegung erst wieder nachholen. (Lebhafte Beifall.) Es wurde der Beschluß gefaßt, die noch fernstehenden Kollegen durch eine Hausagitation zu gewinnen. Wir erwarten im Interesse der Steinarbeiter des Kreises Wehlar, daß sie alle mitarbeiten, damit der letzte Steinarbeiter dem Zentralverband als Mitglied angehört.

Rundschau.

Reichstagswahl. Im Wahlkreis Glauchau-Neerane fand am 26. April Reichstagswahl statt. Der Sozialdemokrat Wolkenbuhr erhielt 17 165, der Liberaler Dr. Claus nur 12 710 Stimmen. Wolkenbuhr gehörte schon ein Jahrzehnt dem Reichstage an.

Neuer Hofsteinmetzmeister. Herr Otto Zeidler-Berlin, Mitinhaber der Firma Gebr. Zeidler, wurde zum lgl. Hofsteinmetzmeister ernannt.

Die Hobburger Porzellanwerke bei Wurzen hatten im Jahre 1906 einen Reingewinn von 190 626 Mk. Mit einem solchen Riesenerfolg können die Aktionäre wohl zufrieden sein.

Wie dem Handwerk geholfen wird. Einem bürgerlichen Blatte entnehmen wir folgenden Herzenserguß eines Handwerksmeisters, welcher wohl schlagend beweist, daß die Art der Handwerksrettung, wie sie durch die Handwerkskammern betrieben wird, selbst in Handwerkerkreisen allmählich Anstoß erregt. Von dem Stat der Berliner Handwerkskammer entrollt der Handwerksmeister folgendes Bild:

In Beiträgen sind 87 973 Mk. etatiziert. Durch die Gesellenprüfungen kommen ein 7000 Mk., durch die Meisterprüfungen 12 000 Mk. Auch diese Summen werden vom Handwerk (von Gesellen und Meistern) getragen. Das macht zusammen 87 973 + 7000 + 12 000 = 106 973 Mk., die den zum Bezirk der Berliner Handwerkskammer gehörigen Berufsgeoffenen für ein Jahr als Steuern auferlegt werden! Einige Hundert Mark für Meisterbricke will ich nicht erst mitrechnen.

Und wie wird dieses Geld angewendet? Was wird dafür geleistet? Nun, der größte Teil geht lediglich wieder drauf für bürokratische bzw. Verwaltungszwecke. In Besoldungen werden allein 49 100 Mk. ausgegeben! Dazu kommt die Mietschuldigung für die angestellten acht (!) Beamten im Betrage von 3540 Mk. und ein Pensionsbetrag von 4000 Mk. Für die Geschäftsräume werden 6400 Mk. gezahlt und der Bureauaufwand beträgt 10 350 Mk. Das macht zusammen 73 390 Mk. für den bürokratischen Apparat!

Doch damit ist es noch nicht genug an Verwaltungskosten! Als Entschädigungen für die Vorstandsmitglieder (um „persönliche Ausgaben“ handelt es sich hier) kommen 4650 Mk. in Betracht; an Reisekosten und Tagelagern sind 8550 Mk. angelegt, und nochmals für „Reisen im Interesse der Kammer“ 4700 Mk., macht zusammen 15 900 Mark für Diäten und Reisekosten, so daß mit den bereits berechneten bürokratischen Ausgaben allein an Verwaltungskosten mehr als 90 000 Mk. draufgehen! Man wird mir zugelen: die Unterhaltung der Berliner Handwerkskammer ist kein billiges Vergnügen. Im wesentlichen wird das Geld durch Beiträge und Prüfungsgebühren nur aufgebracht, um einen großen Beamtenstab zu unterhalten! Demgegenüber nimmt es sich beinahe komisch aus, wenn unter den Ausgaben der kleine Posten auftaucht: 4858 Mk. zur „Förderung des Handwerks“.

Lohnt es sich, um dieses glänzende „Förderungs“-Resultat zu erzielen, den Handwerkern eine so große Extraberufssteuer aufzuerlegen, nur damit sie einen kostspieligen bürokratischen Verwaltungsapparat unterhalten?

Der „kleine Befähigungsnachweis“ soll durch eine dem Reichstag vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung eingeführt werden. Nach einer telegraphischen Inhaltsangabe gestattet der Entwurf das Halten und die Anleitung von Lehrlingen außer den über 24 Jahre alten Meistern auch denjenigen Gewerbetreibenden, die in ihrem Gewerbe die von der Handwerkskammer vorgeschriebene, mangels solcher eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt, die Gesellenprüfung bestanden und 5 Jahre hindurch öffentlich das Handwerk selbständig ausübten oder als Werkmeister tätig waren. Die Führung des Titels „Baumeister“, „Werkwerksmeister“ usw. wird vom Bundesrat geregelt und inwieweit die Führung des betr. Titels gestattet, soweit landesrechtlich erlaubt. Während der Uebergangszeit dürfen auch Personen, die obigen Vorschriften nicht entsprechen, ihre angenommenen Lehrlinge auslernen lassen. Die Befugnis zur Anleitung kann ihnen gewährt werden, wenn sie bereits fünf Jahre angeleitet. Zur Meisterprüfung soll in der Regel nur zugelassen werden, wer die Gesellenprüfung bestanden und drei Jahre Geselle war, doch darf während der ersten fünf Jahre die Zulassung nicht von dem Bestehen der Gesellenprüfung abhängig gemacht werden.

So soll dem Drängen der Zünftler wenigstens ein etwas nachgegeben werden. Die Aufgabe, das Gewerbe vor den Pfuschern zu bewahren, wird damit natürlich nicht erreicht werden.

Die Belastung durch den Zollwucher erfährt eine grelle Beleuchtung durch die Aufzeichnungen eines an der schweizerischen Grenze wohnenden badischen Familienvaters, die er in der Frankfurter Zeitung veröffentlichte. Danach kostet das Pfund Rindfleisch in Baden 80 Pfg., in der Schweiz 56 Pfg., das ist 24 Pfg. weniger; Fett 80 Pfg. und 64 Pfg., Kalb- und Schweinefleisch 1 Mk. und 80 Pfg., Brot 6 Pfund 80 Pfg. und 65 Pfg., Zucker pro Pfund 26 Pfg. und 22 Pfg., Kaffee 1.20 Mk. und 96 Pfg. Dabei sind immer gleiche Qualitäten gegenübergestellt. Der Familienvater stellt seinen Bedarf wie folgt auf: Rindfleisch pro Woche 3 Pfund, macht 72 Pfg. mehr, Fett gleichfalls 3 Pfund, macht 48 Pfg. mehr, Schweine- und Kalbfleisch 3 Pfund, macht wieder 48 Pfg. mehr, Brot täglich 6 Pfund, das ist pro Woche 42 Pfund, macht 1.05 Mk. mehr. Das ergibt — wir sehen von den anderen Artikeln ab — allein für Brot und Fleisch aufs Jahr gerechnet eine Mehrbelastung von rund 142 Mk. in Baden gegenüber der Schweiz.

Diese Zahlen sprechen deutlicher, als theoretische Auseinandersetzungen. Sie zeigen, wie das deutsche Volk zugunsten der Großagrarien ausgeplündert wird.

Arbeiter im Stehragen. Im Nürnberger Generalanzeiger war kürzlich zu lesen:

Angehender Kommissar selbständig im Rittenpachen, für Magazin und Kontor gesucht. Anfangssalar 50 Mk. Offerten unter 290.

Jetzt fehlt bloß noch: „Hammer, Range und Stemmeisen sind mitzubringen“, und der Kommissar auf der Höhe der Zeit wäre sattfam illustriert.

Das Organ des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen bemerkt dazu recht treffend: „Die Verbandsblätter entrüsteten sich nur darüber, daß der „angehende Kommissar“ beim Rittenpachen Sand anlegen soll, über das kolossale Anfangssalar von 50 Mk. sagen sie kein Wort! Ist aber nicht gerade die lumpige Bezahlung das Traurige an der Sache?“

An eine gewerkschaftliche Organisation nach Art der „freien Organisationen“ denken diese Herren Kaufleute natürlich nicht.

482 Mark Reingewinn pro Arbeiter. In ihrem Geschäftsbericht für 1906 befragt die Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg, daß sie nicht in der Lage gewesen sei, aus den hohen Metallpreisen in vollem Maße Vorteil zu ziehen, da sie infolge des Umstandes, daß sie genötigt ist, den Erzbedarf ihrer Hütten zum größten Teil zu kaufen, die Erge im Verhältnis der gestiegenen Metallpreise teurer bezahlen mußte. Immerhin können die Aktionäre mit dem Ergebnis zufrieden sein. Der erzielte Bruttogewinn beziffert sich einschließlich 20 699 Mark (im Vorjahr 46 460 Mark) Vortrag aus dem Vorjahre auf 3 016 904 Mark (im Vorjahr 2 947 136 Mark). Zu Abschreibungen auf die Immobilien und Anlagen dienen 1,1 Millionen Mark (wie im Vorjahr), und auf Mobilien 78 748 Mark (im Vorjahr 61 544 Mark). Hiernach verbleibt ein Reingewinn von 1 838 155 Mark (im Vorjahr 1 785 592 Mark), aus dem eine Dividende von 10 Prozent (wie im Vorjahr) verteilt werden soll. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter erhöhte sich von 3810 auf 3812. Mithin entfällt auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter ein Reingewinn von 482 Mark gegen 468 Mark im Jahre 1905. Selbstverständlich wird auch darüber geklagt, daß durch hohe Löhne das

Ertragnis beeinträchtigt wurde. Die Arbeiter sollten eigent- lich noch Geld mitbringen, für die Ehre, beschäftigt zu werden.

Der Handels- und Transportarbeiterverband veröffentlicht seinen Jahresabschluss für 1906. Die Mitgliederzahl stieg auf 81 784. Die Jahresbeimnahme der Hauptkasse belief sich einschließlich eines Restbestandes am Jahresabschluss 1905 von 127 716 Mark auf 877 329,36 Mark, wozu besondere Ein- nahmen der Streikkasse in der Höhe von 21 716 Mark kommen. Die Ausgaben für Streiks betragen 281 798,61 Mark, für Un- terstützungen in Fällen der Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. 148 011,88 Mark und für Verbandsorgan 59 908,32 Mark. Die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiterverband im Monat März wird durch folgende dem Verbandsorgan entnommene Zahlen beleuchtet: Bericht hatten 782 Filialen mit 150 494 Mitglie- dern. Arbeitslos waren im Laufe des Monats 9659. Arbeits- losenunterstützung erhielten 5878 Mitglieder für 70 022 Tage 128 296,92 Mark. An Reiseunterstützung wurden 8098,73 Mark an 5129 Mitglieder für 8513 Tage verausgabt. Die Ar- beitslosenunterstützung erforderte im ersten Quartal 1907 er- heblich mehr als in irgendeinem vorhergehenden Quartal. Wäh- rend im Jahre 1906 an Arbeitslose am Orte insgesamt 322 858,66 Mark gezahlt wurden, erreichte diese Ausgabe im ersten Quartal 1907 die hübsche Summe von 313 415,02 Mark. Die großen Kämpfe bezw. Ausperrungen, die von den Unter- nehmern der Holzindustrie dem Holzarbeiterverbände in diesem Jahre aufgezwungen wurden, haben also einen großen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit ausgeübt.

g. Der Bauhandwerkerstreik in Halle a. S. steht günstig. Bewilligt haben bis jetzt 40 Unternehmer; der viele Teil der Streikenden ist eingestellt, Arbeitswillige haben sich nicht gefunden. Die Maurermeister haben das Angebot gemacht, den Lohn sofort von 52 auf 53 Pfg. pro Stunde zu erhöhen und vom 1. Oktober d. J. ab 55 Pfg. zu zahlen. Die Maurer sollen den Lohn von 55 Pfg bis 1910 anerkennen. Eine kürzlich stattgehabte Versammlung beschloß mit den Meistern zu unterhandeln. Auch am Volks- h a u s ruht die Arbeit, da der Unternehmer wohl für die se n, aber nicht für seine anderen Bauten bewilligte.

Ein infamer Schwindel. In verschiedenen Betrieben der Metall- industrie, so schreibt die Sächs. Arbztg., wurde kürzlich die nieder- trachtliche Verleumdung verbreitet, Genosse Haack, der Bezirks- leiter des Metallarbeiterverbandes, sei durchgebrannt. Wahr- scheinlich sind die Verbreiter dieser Nachricht Angehörige der selben Gewerkschaft. Die Hintermänner dieser aber sind be- kanntlich ganz andre Leute. Es wird wahrscheinlich gelingen, den Verleumdern ihr schmutziges Handwerk zu legen und die eigentlichen Fabrikanten dieser Lügen zu entlarven. Zur wirksamen Ausprägung dieser Reichsverbandslüge heißt es noch, G., "habe sich vorher ordentlich die Taschen gefüllt". Da- bei hat bekanntlich der Bezirksleiter mit Raffengeschäften absolut nichts zu tun. Schließlich — und das zeigt deutlich auf die intellektuellen Urheber dieser Schwindelnachricht — wird als Grund der "Durchbrennerei" angegeben: "er sei ab- gerückt, weil ihm der Boden zu heiß geworden sei, nachdem er so viele Familienväter ins Unglück gebracht durch den Streik bei Seidel u. Naumann (sic)!"

Es wird hoffentlich gelingen, die feigen Urheber dieser in- famen Verächtigung zur Verantwortung zu ziehen. Mit solchen Mitteln also entblößen sich gewisse Leute nicht, zu kämpfen, nach- dem alle Versuche, die Metallarbeiter wankelmütig zu machen und Verwirrung in ihre Reihen zu bringen, vergeblich ge- wesen sind.

Arm und Reich. Der neueste Verwaltungsbericht der Ar- beiterstadt Rixdorf läßt wieder einen tiefen Blick in die gerechte Güterverteilung auf dieser schönsten aller Welten tun. Von rund 64 000 zur Steuer veranlagten Personen sind es mehr als 49 000, die ein Jahreseinkommen von weniger als 1150 Mark haben. 58 Personen gibt es unter den 64 000 Steuer- zahlern, die ein Einkommen von mehr als 20 000 bis zu 137 000 Mark versteuern. Das kleine Häuflein derer, die über mehr als 3000 Mark Einkommen verfügen, regieren aber unter dem Kom- mando der oberen 58 die große Arbeiterstadt Rixdorf.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in Dänemark, berentwegen die Dänische Unternehmervereinigung die 4000 Mann umfassende Ausperrung auf den großen Schiffswerften veranstaltet hatte und eine weitere Massenausperrung von 12 bis 14 000 Arbeitern plante, sind im Laufe der verfloffenen Woche durch die Verhand- lungen zwischen den Zentralen der Unternehmer und der Arbeiter und den direkt beteiligten Parteien größtenteils erledigt worden. Zu guter Letzt ist nun auch ein Übereinkommen mit den Säge- werksarbeitern und den Maschinenführern, von denen 750 freitren, zustande kommen, doch vorerst nur zwischen den Vertretern der Parteien. Die in Betracht kommenden Arbeiter haben die Einigungs- vor schläge nicht ohne weiteres gutgeheißen, sondern verlangen höhere Minimallohne und längere Arbeitszeit als vorgeschlagen wird. Auch im übrigen ist keineswegs Ruhe in der gewerkschaftlichen Bewegung eingetreten. In Kopenhagen streiken die Schuhmacher und am Freitag haben die Schneider und Schneiderinnen der Lagergeschäfte die Arbeit eingestellt.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Robert Schweichel f. — Die Mai- feier. — Zur Würdigung J. Auer's. Von Parvus. — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gefekgebung. Von Hermann Molkenbuhr. (Schluß). — Der internationale Gewerkschaftsbericht für 1906. Von Wilhelm Jansson. — Die bürgerlichen Parteien und der Militarismus. Von Karl Emil. — Literarische Rundschau: Helene Simon, Schule und Brot. Von Heinrich Schulz. Wilhelm Herzberg, Wegweiser durch das neue bayerische Wahlgesetz nebst Wahlkreis- einteilung. Von ew. — Notizen: Bericht der Armenischen So- zialdemokratischen Arbeiterorganisation (im Kaufhaus).

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeit- rinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 9 des 17. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Maifeier. Von Rosa Lugem- burg. — Janas Auer. — Der internationale Charakter des ersten Mai. Von G. Roland-Holtz. — Die Bedeutung des Acht- stundentages für die Arbeiterin als Gattin und Mutter. Von Ottilie Baader. — Beteiligung der Frauen an den Wahlen in Finnland. Von Hilja Parssinen, deutsch von Adelaide Burjam. — Schuß den Müttern. Von Käthe Dunder. — Die Bedeutung der Maifeier für den Kampf um das Wahlrecht in Oesterreich. Von Adelheid Popp. — Verkürzung der Arbeitszeit, Förderung der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation. Von Frida Wulff. — Die Weltfeier des Proletariats und die Frauen. Von Angelica Balabanoff. — Die Maiforderungen der Dienst- mädchen. Von Helene Grünberg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Ein Sieg der Wiener Schneiderinnen. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Keulleben: Aus Faust. Von Wolfgang Goethe. — Hymnus. Von Franz Lieberich. — Der Schönheitssucher. Von Otto Krille. (Gebicht.) — Für unsere Mütter und Hausfrauen: Früh- lingsmärchen. Von Eichendorf. (Gebicht.) — Gefahren des Wochenbettes und ihre Vermeidung. Von Hanna Dorisch. — Frühling. Von Arno Holz. (Gebicht.) — Für die Hausfrau. — Der erste Mai. Von Jennh Horn. (Gebicht.)

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Brandenburg. Das Buch Nr. 6722, auf den Namen Paul Schönefelder lautend, ist auf der Herberge zu Rathenow gestohlen worden. Es ist am 27. August 1867 zu Streichen bei Breslau geboren. Vor Mißbrauch des Buches wird gewarnt. Der Vorsitzende.

Adressen-Änderungen.

Königsbrück. Kass.: Reinhold Ußner, Gräfenhain. Breslau II. Kass.: Joh. Lauecker, Schmiebedrücke 89, III. Gießen. Vorf.: Friedrich Hofmann, Heuchelheim, Sach- straße 65. Kass.: Wilhelm Kreiting, Heuchelheim, Wilhelmstr. 15. Kottb. a. S. Kass.: Mich. Vierl, Marktplatz 40/2. Stadtprozelten. Vorf.: Linus Ubele. Colmar. Kass.: Michael Fetting, Schleißstadt Str. 21. Litzing. Vorf.: Alfons Neumeyer, Höhenberg, Post Litz- ling. Kass.: Matthias Schuster, Höhenberg, Post Litzing. Rehlem. Vorf.: Anton Lindner, Alter Markt 95.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 22. bis mit 27. April 1907. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei- tragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbs- losenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Instrate.) Augsburg, B. 46.—; Gohmannsdorf, K. 10.—; Kaiserhammer, B. 87,68, K. 0,30; Görlitz, B. 276.—; Rothenburg, B. 52,90, K. 35,10; Ruhmannsfelden, B. 27,15, K. 0,10; Söllingen, B. 28,14, E. 0,50, K. 7,90; Erier, B. 9,20, E. 2,50; Schönebeck, B. 1,80; Emden, B. 4,50; Altdorf, Streifenunterstützung 3,50; Blauen, Ins. 1,50; Heidelberg, Ins. 4.—; Chemnitz, Ins. 2,50; Lüneburg, Ins. 2,40; Dresden, Ins. 2,10; Nienburg, B. 13,90; Falkenstein, B. 11,75; Regnitz, B. 4,50; Wenig-Radwitz, B. 460.—, E. 8.—, K. 20.—; Strehlen, B. 604,20, E. 0,50, M. 0,30, K. 22,90; Schopp-

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Achtung! Achtung!
Bezirk Wurzen
Sonntag, den 12. Mai, nachmittags 1/3 Uhr
Erste diesjährige Bezirks-Versammlung
im großen Saale des **Schützenhaus, Wurzen.**
Tagesordnung: 1. Vortrag. (Referent wird noch be- kannt gegeben.) 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. In welcher Weise wird die Bundesratsverordnung in den Steinbrüchen eingehalten. Referent: R. Noack, Bezirksleiter. 4. Stellung- nahme zum 1. Bezirksfest in Wurzen. 5. Allgemeines.
Die Ortskassierer werden hierdurch angewiesen, die Mitglieder auf die obengenannte Versammlung aufmerksam zu machen, damit der Besuch ein starker wird.
Die Bezirksleitung.

Zahlstelle Bendja-Brandis.
Sonntag, den 5. Mai
Großes
Steinarbeiter-Vergnügen
im Gasthof zu Albrechtshain.
Unter Mitwirkung der Sängerschaft Hannos u. d. freien Radler Brandis.
Anfang 6 Uhr.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Die Verwaltung.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jackets, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.
Prima Stahl für härteste Granite
pro 100 kg Mt 62.—, empfiehlt unter Garantie
Ernst Fritzsche, Kiel.

Muschelkalksteinbruch
in Hardheim zu verkaufen. Die Felswand ist 200 m lang und 3 m hoch. Der Abraum beträgt bloß 50 Zentimeter. Das gewonnene Material ist von prima Qualität. Anfragen sind zu richten an **Bernhard Schenel in Hardheim (Baden).**
Tüchtiger Steinmetz
für Grabsteinarbeit, der auch Granitschrift hauen kann, suchen für dauernd
W. Kraatz & Balz
Wittenberg (Bezirk Halle).

Ein Steinmetz
tüchtiger Granithauer und Verzierungsarbeiter wird als erster für dauernde Stellung verlangt. (Nähe Berlin.) Gefl. Offerten unter M. S. an die Exped. des Steinmetzboten.

B. 12,60, K. 3,40; Sedmanern, B. 68,84, E. 0,50, K. 50.—; Rein- heim, B. 184.—, E. 7,50; Oldenburg, B. 92.—; Münsfeld, B. 25,62, E. 0,50, K. 9,90; Göttingen, B. 84.—, K. 10.—; Fischbach, B. 21.—, K. 9.—; Dürheim, B. 280,98, E. 1,75, K. 114.—; Amorbach, B. 38.—, E. 3.—, K. 10.—; Frömmersbach, B. 76.—; Ströheim, B. 34,50; Langentalja, K. 10.—; München, B. 322.—, E. 5.—, K. 52.—; Birmaien, B. 20,24, E. 0,50, M. 0,30, K. 9.—; Schön- berg, B. 29,40, E. 2.—, Ab. 1,80, K. 1,50; Würzburg, B. 78,2, E. 1,50, K. 12,80; Stabilm, B. 1,70; Landsberg, B. 11,40; Bom- bed, B. 4,95; Staßfurt, B. 2,30; Buchenau, B. 4.—; Marköbel, B. 1,10; Meifen, Ins. 5,40; Gandersheim, B. 2,80; G. in G. 28.—; Wunfiedel, B. 84,84, E. 0,25, K. 18,80; Stuttgart I, B. 210.—, K. 2,60; Lutter, B. 48,80, K. 8.—; Gelnhausen, B. 62,10, K. 1,90; Derbingen, 22,04, E. 12.—, M. 5,90; Colmar, B. 184.—, M. 8,50, K. 20.—; Grawinkel, B. 46.—, K. 10.—; Wilbemann, B. 32,76; Jonday, B. 5.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Brandenburg, Dr. Gib doch die Straße genau an; warum die unfinnigen Abfützungen, aus denen kein Mensch klug werden kann? Wie oft müssen wir betonen, daß die Adressenänderungen deutlich geschrieben einzureichen sind. Wir schreiben doch nicht für den alten Friesen! — Langensalza, B. Wir haben das Veräumte nachgeholt. — Kürnberg. Der Bericht war doch zu inhaltslos; wir würden aber eine Schilderung der dortigen Zustände sehr gern veröffentlichen. Also setze dich doch einer auf den Hofenboden. — Frankfurt, M. Nein, einen solch oberflächlich zusammengebaunten Bericht veröffentlichen wir nicht. — Hildesheim. Darüber muß der Vorstand erst Beschluß fassen. Bitte, werf doch einen Blick in das Statut. — Wurzen, M. Kann aus Gesundheits- rücksichten das Referat nicht übernehmen. Sonst aber besten Gruß. — Darmstadt. Wenn eine Zahlstelle in Lohnbewegung steht, wird dies nicht extra publiziert. — Weeltz, G. Besten Dank für den freundlichen Gruß. Öffentlich kriegt die Postillen dort los. — Belgrad, Bräusen. Ja, R. ist eingetroffen.

20 tüchtige Steinmetzen
sotort gesucht
Seeberger Sandsteinwerk
Alfred Hossfeld in Gotha.

6 tüchtige Steinmetzen
für schleifrechte Arbeit sofort gesucht.
Granitwerk Steinerne Renne, A.-G.
Hasserode am Harz.

Einige tüchtige Steinmetzen
auf Muschelsalk sofort gesucht. Stundenlohn 65 Pfg.
August Stösslein, Steinmetzgeschäft
Blauen (Vogtland).

Mehrere tüchtige Steinmetzen
auf schwedischen Granit eingearbeitet, sofort auf dauernde Arbeit gesucht
Karl Heinig, Granitwert
Rostock (Mecklenburg).

Ein Steinmetz
tüchtiger Granitschriftbauer und Verzierungsarbeiter wird als erster in der Nähe von Berlin für dauernde Stellung verlangt. Offerten unter M. S. an die Expedition des Steinmetzboten.

10 Maschinenschleifer, 5 Steinbauer
finden dauernde und gutbezahlte Arbeit im
Granit- u. Diabas-Werk Baumholder
Baubstation Heimbach-Nege.
Reise wird vergütet.

6 tüchtige Handschleifer
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Granitwerk Steinerne Renne (A. G.)
Hasserode (Harz).

Pflastersteinschläger
Auf unserem Werke bei Lichtenau i. Schlesien stellen wir tüchtige Pflastersteinschläger (auf Alcinpflaster, Mosaik, Kopfstein, Reibensteine eingearbeitet) bei hohen Akford- sätzen ein. Reisekosten werden gewährt. Wohnungen sind vorhanden.
Holzamer, Bauer & Co., G. m. b. H.
Basaltsteinbrüche.

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Ver- bandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ab- leben Mitteilung gemacht wird.)
Berlin I. Am 25. April starb unser Kollege **Friedrich Latze** im Alter von 53 Jahren.
Reudorf. Am 25. April starb unser Kollege, der Stein- brecher **Adolf Tappert** im Alter von 56 Jahren an Herzschlag.
Nebra. Nach 3jähriger Berufskrankheit starb am 27. April unser bewährtes Verbandsmitglied **Peter Rebhahn**.
Pirna. Am 19. April starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Karl Glas** im Alter von 45 Jahren.
Striegau. Am 27. April starb infolge Rippenfellentzündung unser Kollege **Wilhelm Kolmitz** im Alter von 56 Jahren.
Wenig-Radwitz. Am 23. April starb der Brecher **Richard Scholz** im Alter von 29 Jahren 8 Monaten an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

45 Millionen herausgeholt.

Vor einigen Monaten veröffentlichte der Zentralverband der Maurer Deutschlands ein grundlegendes Werk über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe. (Hamburg 1906, Zentralverband der Maurer, Kömmling.) In der Öffentlichkeit wurde dieses Werk bisher nicht genügend gewertet, und dennoch haben wir in der deutschen Arbeiterliteratur kaum eine Arbeit, die ein so beweiskräftiges Material zur Erkenntnis des sozial hebenden Einflusses der Gewerkschaften zusammenträgt.

Ohne einen Ton ins Grobprecherische, in ganz sachlicher Weise faßt das statistische Werk des Maurerergewerbes die Resultate eines Dezenniums erbitterter Gewerkschaftskämpfe, die in diesem Zeitabschnitt etwa 5,8 Millionen Mark verschlangen, zusammen: Fester Wille, Disziplin und Solidarität, gestützt durch die materiellen Mittel der Organisation, haben vermocht, in dem Zeitraum von zehn Jahren für ca. 190 000 Maurer das Arbeitseinkommen um rund 45 Millionen Mark zu steigern. Diese 45 Millionen treten natürlich nicht plötzlich, zu Beginn oder Ende 1905, in Erscheinung, sondern in der zehnjährigen Periode sind in jedem Jahre einige Millionen erobert worden.

Nach einem als mustergültig zu betrachtenden Tarif über die Jahresarbeitsstunden im Maurergewerbe stieg das Jahreseinkommen der Maurer von 1895—1905

in 57 Lohnbezirken mit 3735 Gesellen unter 50 Mk.		von 50—100 Mk.
144	10774	100—150
247	2130	150—200
297	31458	200—250
285	47996	250—300
165	29288	300—350
88	20899	350—400
65	889	400—450
19	14458	450—500
9	1650	500—550
3	183	550 und mehr.
1	347	

Die in den wirtschaftlichen Kämpfen eines Jahrzehnts erstrittene Lohnerhöhung beläuft sich für 190 000 Maurer auf 236 Mk. pro Kopf.

Die Siegeserbeeren der großzügigen Maurerbewegung Deutschlands werden diese Schicht des deutschen Proletariats mit einem berechtigten Hochgefühl erfüllen, nimmer aber werden die Maurer Deutschlands auf diesen Vorbeeren einschlafen. Die erkämpfte Lohnerhöhung zeugt nicht etwa, wie mit Recht das Werk über die Arbeits- und Lohnbedingungen im Maurergewerbe hervorhebt, von einer nun erträglichen Lebenshaltung der Bauarbeiter, sondern sie beweist nur, in welchen betäubenden wirtschaftlichen Verhältnissen vorher große Massen der deutschen Maurer dahinvegetierten.

Die Maurer führten 1905 in 507 Bezirken Lohnbewegungen durch, die für 102 686 Personen eine Erhöhung des Wochenverdienstes von 244 508,19 Mk. brachten. Dieses macht pro Person und Woche gleich eine Lohnzulage von 2,38 Mk. Rechnen wir, daß der Maurer im Jahresdurchschnitt 38 Wochen Beschäftigung findet, so betrug die Lohnzulage pro Kopf netto 90,84 Mk. Diese Zahlen besagen am deutlichsten, wie gut verzinslich die Verbandsbeiträge angelegt sind.

Ohne Uebertreibung können wir sagen, daß das umfangreiche Buch ein völliges Spiegelbild der Entwicklung des Maurerverbands seit zwei Jahrzehnten gibt. Für den Sozialpolitiker, für den Gewerkschafts- und Parteiredakteur, und nicht zuletzt für den Agitator ist die Fülle von Material, welche das besprochene Buch enthält, von unschätzbarem Wert.

Das umfangreiche Werk ist weiter deshalb so interessant, weil alle abgeschlossenen Tarifverträge von 1891 bis 1905 wörtlich zum Abdruck gebracht sind. Hier kann man am leichtesten den ungeheuren Fortschritt der Maurerorganisation erkennen. Greifen wir nur ein Beispiel heraus, um zu beweisen, wie durch den Maurerverband die Löhne in die Höhe gedrückt werden konnten. Auf Seite 178, 179 sind die Verträge von Rassel, die 1896, 1898, 1902, 1904 abgeschlossen wurden, publiziert. Der Stundenlohn betrug in diesem Zeitraum 35, 42, 45, 50 Pfg. Laut Statistik sind in Rassel durchschnittlich pro Jahr 1470 Maurer beschäftigt; es ist somit eine Leichtigkeit, auszurechnen, um wieviel das Jahreseinkommen eines Maurers von 1904 gegen 1896 gestiegen ist.

Die Statistik nimmt weiter darauf Bezug, wieviel Orte zu einem Lohngebiet gehören. Es gehören Orte zum Lohngebiet Rotsdam 23, Breslau 17, Danzig 11, Bernburg 14, Görlitz 22, Meissen 25, Glogau 22, Bunzlau 24, Mittweida 14. Wir haben diese Beispiele ganz willkürlich der Statistik entnommen, aber es geht daraus hervor, daß die mit den Unternehmern festgesetzten Arbeitsbedingungen nicht bloß für die jeweilige Zahlstelle, sondern meistens auch für mehrere Orte der näheren und weiteren Umgebung Geltung haben. Durch die Vergrößerung der Lohnbezirke werden in erster Linie die niedrigen Löhne eine Verbesserung erfahren. Der Maurerverband hat jetzt über 1000 (tausend) Zahlstellen und die Zahl der Orte, auf die sich der Verband erstreckt, hat fast die Höhe von 20 000 (zwanzigtausend) erreicht. Diese Ziffern zeigen wohl am drastischsten, welchen ungeheuren Einfluß der Maurerverband auf die Herren Unternehmer auszuüben vermag. Gerade die Unternehmer im Baugewerbe gehören zu den größten Scharfmachern unter den Arbeitgebern überhaupt; auch verfügen sie über äußerst festgefügte Organisationen.

Rechenchaftsbericht der Generalkommission.

(Schluß.)
Statistik.

Im verflossenen Jahre konnte zum erstenmal eine Statistik veröffentlicht werden, in welcher die Erfolge, die von der Arbeiterschaft sowohl in Lohnbewegungen, die ohne Arbeits-einstellung verliefen, als auch durch die Streiks erzielt wurden,

dargestellt sind. Mit diesen Erhebungen dürften die Statistiken, welche von der Generalkommission zu führen sind, ihren Abschluß gefunden haben. Es werden bei der Fragestellung und bei der Bearbeitung der Statistiken wohl ständig Veränderungen und Verbesserungen durchgeführt werden, wie dies auch in den letzten Jahren geschehen ist, doch wird die Zahl der regelmäßig aufzunehmenden Statistiken jedenfalls nicht mehr vermehrt werden. Es dürfte auch nach dem, was die Gewerkschaften durch die Generalkommission an statistischen Arbeiten leisten, allen Bedürfnissen Rechnung getragen sein.

Von den einzelnen Statistiken hat die über die Arbeitersekretariat insofern eine besondere Verbesserung erfahren, als die Materialien auf Grund einer einheitlichen Buchführung gewonnen werden.

Von der Generalkommission wurde im Anschluß an den letzten Gewerkschaftskongreß eine Konferenz der Arbeitersekretäre berufen, auf welcher u. a. auch über eine einheitliche Buchführung in den Arbeitersekretariaten beraten wurde. Die Generalkommission arbeitete die Formulare für die Buchführung aus und stellte sie den Arbeitersekretariaten gratis in beliebiger Anzahl zur Verfügung. Abgesehen davon, daß nunmehr in allen Sekretariaten die gleichen Bücher benutzt werden, erwuchs für die Generalkommission aus dieser Einrichtung der Vorteil, daß die Materialien für die Statistik in gleicher Art geliefert werden konnten, was bei der bisherigen verschiedenartigen Buchung in den Sekretariaten nicht möglich war.

Von dem reichsstatistischen Amt wurden Vorschläge zur Verbesserung der durch die Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, erfolgenden Arbeitslosenzählungen gemacht. In einer Konferenz, an welcher zwei Vertreter des Reichsstatistischen Amtes teilnahmen, wurden diese Vorschläge beraten und erfolgte die Durchführung verschiedener Verbesserungen der Statistik.

So sehr das Reichsstatistische Amt sich bemüht, die Gewerkschaften für diese Statistik in Anspruch zu nehmen, so wenig zeigte es sich geneigt, bei der Streikstatistik sich der Hilfe der Gewerkschaften zu bedienen. Möglicherweise würde das Amt schon bereit sein, auch die Streikstatistik mit den Gewerkschaften gemeinsam zu machen, denn es kann ihm nicht gleichgültig sein, wenn sein Ansehen für Jahr durch den Nachweis herabgemindert wird, daß eine von ihm veröffentlichte Statistik falsch ist. Der Vergleich der amtlichen mit der gewerkschaftlichen Streikstatistik zeigt in jedem Jahre, daß in der amtlichen Statistik eine große Zahl Streiks fehlt. Für die Jahre, in welchen die Vergleiche gemacht sind, ergibt sich das folgende Bild:

Jahr	Zahl	Beteiligte
1901	316	6 243
1902	314	5 888
1903	387	8 120
1904	481	9 505
1905	587	13 020
Summa:	2085	42 776

Da die amtliche Streikstatistik, wie bekannt, auch den Charakter einer Kriminalstatistik hat, so könnte es in Gewerkschaften schon recht sein, wenn Jahr für Jahr nachgewiesen wird, daß die amtliche Statistik falsch ist. Aber die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, eine vollkommene Streikstatistik zu erhalten, die sie selbst auch nicht zu schaffen vermögen, weil sie ohne Kenntnis bezüglich der Streiks unorganisiert oder anders organisierter Arbeiter bleiben. Eine vollkommene Streikstatistik kann aber nur vom Statistischen Amt in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften gemacht werden. Die Gewerkschaften haben aber kein Interesse daran, eine Statistik zu veröffentlichen, deren kriminalistische Ergebnisse gegen die Organisationen Verwendung finden sollen. In einer Statistik dagegen, welcher die Gewerkschaften sich beteiligen, deshalb wandte sich die Generalkommission im Februar 1904 mit einer entsprechenden Eingabe an das Reichsamt des Innern. In den drei Jahren, die seitdem verfloßen sind, scheint das Reichsamt aber noch keine Zeit gefunden zu haben, die Sache zu prüfen, denn bisher hat die Generalkommission auf ihre Eingabe noch keine Antwort erhalten. Es soll also anscheinend dabei bleiben, daß das Reichsstatistische Amt eine falsche und unzureichende Statistik alljährlich veröffentlicht.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde in der verflossenen Geschäftsjahre eine größere Anzahl von Konferenzen veranstaltet. So eine Konferenz von Vertretern der Organisationen, welche Mitglieder in Eisenbahnbetrieben haben, sowie eine Konferenz von Vertretern der an den Werftbetrieben beteiligten Organisationen. Ferner wurde von der Generalkommission eine Konferenz der Ziegler einberufen. An der schon erwähnten Konferenz bezüglich Ausbau der Arbeitslosenstatistik nahmen auf Vorschlag der Generalkommission auch Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und christlichen Gewerkschaften, sowie sonstiger an der Arbeitslosenzählung beteiligter Organisationen teil. Der Vorschlag wurde gemacht, damit die Vertreter des Reichsstatistischen Amtes nicht eine größere Zahl Konferenzen mit den einzelnen Organisationen abzuhalten genötigt waren.

In den einzelnen Außenbezirken, in welchen die Agitationskommissionen tätig sind, fanden gleichfalls Konferenzen statt, wie auch zur Regelung von Grenzfreiheiten wiederum zahlreiche Besprechungen der Vertreter der beteiligten Organisationen sich notwendig machten. Zu den Genossenschaftstagen wurde regelmäßig ein Vertreter der Generalkommission entsandt. Auch zu dem außerordentlichen österreichischen Gewerkschaftskongreß entsandte die Kommission eines ihrer Mitglieder. Dagegen lehnte sie die Teilnahme an einem internationalen Kongreß ab, der in Mailand tagte und über das Problem der Arbeitslosigkeit beraten hat. Die Generalkommission war der Meinung, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zunächst national erfolgen müsse, ehe auf internationale Gebiete Schritte unternommen werden können und die Beratungen des Kongresses deswegen ohne praktischen Erfolg sein würden. Auch der Anforderung, einen Arbeitertag in Gemeinschaft mit bürgerlichen Sozialreformern zu berufen, gab die Generalkommission keine Folge, wie sie auch die Teilnahme an der dann später einberufenen Tagung ablehnte.

In den Jahren 1905 und 1906 hielten die meisten Verbände Generalversammlungen und Kongresse ab.

Nur an 7 von den 47 Generalversammlungen und Kongressen, die 1905 und 1906 stattfanden, nahmen Vertreter der Generalkommission nicht teil.

Internationale Verbindung.

Die Verbindung mit den gewerkschaftlichen Landeszentralen der europäischen Länder ist in den letzten Jahren wesentlich befestigt und so ausgebaut worden, als sie nach den gegebenen Verhältnissen ausgebaut werden kann. Voraussetzung für eine enggeschlossene internationale Verbindung ist möglichst gleichartige Gestaltung der Gewerk-

schaften in den einzelnen Ländern. Diese ist wohl bei den Gewerkschaften einzelner Berufe vorhanden und können deshalb die einzelnen Berufsorganisationen festere internationale Verbindungen schaffen, sie fehlt aber noch in mehreren Ländern für die Gesamtheit der Gewerkschaften. Zwar ist das Prinzip, die Gewerkschaften in einer Landeszentrale zu vereinen, in allen Ländern, in denen es eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung gibt, durchgeführt. Jedoch sind die Aufgaben, welche diese Landeszentralen zu erfüllen haben, nicht gleichartig. In England haben sich in der General Federation of Trade Unions die Gewerkschaften zu dem Zwecke vereinigt, eine gemeinsame Streikliste zu schaffen, aus der den angeschlossenen Organisationen ein Teil der erforderlichen Streikunterstützung gezahlt wird. Diese Vereinigung umfaßt jedoch nur 501 299 von 1 866 755 gewerkschaftlich organisierten. Die gesamten Organisationen Englands vereinen sich in dem Trade Unions Kongreß, auf dem allgemeine Arbeiterfragen erörtert werden, der jedoch keine festgeschlossene Vereinigung der Gewerkschaften bildet.

In den skandinavischen Ländern (Dänemark, Schweden und Norwegen) haben die Landeszentralen die Regelung der Streikunterstützung und zahlen die angeschlossenen Gewerkschaften für diese Unterstützungsliste feste Beiträge. Im übrigen haben diese Landeszentralen die gleichen Aufgaben zu erfüllen, wie sie der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zugewiesen sind. Ähnlich gestaltet ist die Tätigkeit der Landeszentralen in der Schweiz.

In Oesterreich und Ungarn sind die Landeszentralen derjenigen in Deutschland gleich, doch fällt ihnen auch die Regelung der Streikunterstützung zu. Beiträge für Streiks dürfen die Gewerkschaften in diesen Ländern, infolge Verbots durch die Gesetzgebung, nicht leisten und müssen die erforderlichen Mittel außerhalb der Organisationen aufgebracht werden.

Diese verschiedenartigen der Organisationsverhältnisse ermöglichen es nicht, feste Vereinbarungen unter den gewerkschaftlichen Landeszentralen zu treffen. Die Vereinbarungen können sich nur darauf erstrecken, daß eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt und daß gelegentlich gegenseitige Hilfe in den wirtschaftlichen Kämpfen gewährt wird, ohne daß eine Verpflichtung zur Leistung bestimmter Summen besteht. Unter diesen Bedingungen haben sich die gewerkschaftlichen Landeszentralen der europäischen Länder vereinigt. Die erste Anregung zu einer solchen Vereinigung wurde 1901 von deutscher Seite gelegentlich des skandinavischen Arbeiterkongresses in Kopenhagen gegeben. Es folgte 1902 anschließend an den Gewerkschaftskongreß in Stuttgart eine Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre, auf der allgemeine Regeln für die internationale Verbindung aufgestellt wurden. Die Konferenz erklärte, daß die Einberufung internationaler Gewerkschaftskongresse sich erübrige, weil die internationalen Arbeiterkongresse auch von den Gewerkschaften besichtigt werden können und weil zur Lösung der Aufgaben, die den Gewerkschaften auf internationalen Gebieten zufallen, die Abhaltung von Konferenzen der gewerkschaftlichen Landessekretäre genüge. Diese Konferenzen sollen stets zur Zeit des Landeskongresses des Landes stattfinden, in welchem der Kongreß tagt, so daß den Landessekretären Gelegenheit geboten wird, die Einrichtungen der Landesorganisationen kennen zu lernen. Dadurch erübrigt sich die Delegation der einzelnen Landeszentralen zu den Landeskongressen in den einzelnen Ländern. Die dritte internationale Konferenz wurde im Anschluß an den Kongreß der General Federation of Trade Unions 1903 in Dublin und die vierte im Anschluß an den Landeskongreß der niederländischen Gewerkschaften 1905 in Amsterdam abgehalten und die fünfte wird im Anschluß an den skandinavischen Arbeiterkongreß 1907 in Kristiania stattfinden. Auf der Konferenz in Stuttgart 1902 wurde die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als internationale Zentralstelle bestimmt und auf den Konferenzen in Dublin und Amsterdam der Vorsitzende der Generalkommission zum internationalen Sekretär erwählt. Von 1902 bis 1904 wurden von den Landeszentralen als Beitrag für das internationale Sekretariat 50 Pfg. und von 1905 ab wird 1 Mk. pro Jahr und 1000 angeschlossener Mitglieder gezahlt.

Angeschlossen sind an das internationale Sekretariat die Landeszentralen von England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz, Italien und Spanien.

Alljährlich berichten die Landeszentralen an den internationalen Sekretär über die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterchutzgesetzgebung ihres Landes. Der internationale Sekretär stellt die Berichte zusammen und veröffentlicht sie in deutscher, englischer und französischer Sprache. Bisher sind drei solcher Berichte (für 1903, 1904 und 1905) erschienen, die in einer Auflage von 3000 in deutscher und je 1000 in englischer und französischer Sprache herausgegeben sind. In den skandinavischen Ländern wird der Bericht abwechselnd von Dänemark, Schweden und Norwegen in die Landessprache übersetzt und in den drei Ländern verbreitet.

Die Berichte sind, weil die Auflage noch zu gering, ziemlich teuer und konnten die Ausgaben bisher aus den Beiträgen der angeschlossenen Länder nicht völlig gedeckt werden. Da diese Berichterstattung aber wesentlich zur Festigung der internationalen Verbindung der Gewerkschaften beiträgt, und deshalb erwünscht ist, an der jährlichen Herausgabe eines Berichts festzuhalten, so wurde von Deutschland neben dem regelmäßigen Beitrag im Jahre 1906 ein außerordentlicher Beitrag von 3000 Mark an das internationale Sekretariat geleistet.

Die Berichterstattung war im letzten Jahre erheblich umfangreicher und präziser als in den Vorjahren, und bietet der internationalen Verbindung der Gewerkschaften schon heute ein übersichtliches Bild der Bewegung in den angeschlossenen Ländern.

Mit den Uebersetzungsarbeiten für das internationale Sekretariat ist die Genossin Ida Mannmann betraut, die, wie an anderer Stelle des Rechenchaftsberichts erwähnt ist, gleichzeitig für die Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen von der Generalkommission Ende 1905 angestellt wurde.

Korrespondenzblatt, Jahrbuch, Gewerkschaftliches, Operaio Italiano, Osmiata, Flugblätter.

Der Inhalt des Korrespondenzblattes ist nach Möglichkeit verbessert und ausgestaltet worden. Der Stoffandrang war sehr groß, daß die Generalkommission auf Anregung der Redaktion sich wiederholt mit der Frage beschäftigte, in welcher Weise das Blatt entlastet und sein Inhalt doch umfangreicher gestaltet werden könne. Es wurde beschlossen, die Auslandsberichte kürzer zu fassen und die Adressenverzeichnisse in einer vierteljährlich herauszugebenden Beilage zu veröffentlichen. Dadurch sollte mehr Raum für sonstige Mitteilungen und Artikel geschaffen werden.

Von der Redaktion wurde dann weiter der Wunsch geäußert, die umfangreichen Statistiken in dem Blatt nicht mehr zu veröffentlichen, sie vielmehr in Vierteljahrsheften, die dann am Jahresabschluss zu einem gewerkschaftlichen Jahrbuch vereinigt werden sollten, zu bringen. In den Vierteljahrsheften sollten auch die längeren Berichte über die Generalversammlungen und

